

Annoncen-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstr. 17)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Dabbe & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 785.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 8. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 7. November. Der König hat geruht: dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Keller den Charakter als Wirklicher Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz, und dem Geheimen Kanzlei-Rath Roder, Geheimen Registrator im Kriegs-Ministerium, den Charakter als Geheimen Hofrath zu verleihen.

Der Amtsrichter Daemmel in Lindow ist vom 1. Dezember d. J. ab zum Notar für den Bezirk des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neu-Ruppin, ernannt worden.

Vom Pandtage.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 7. November, 11. Uhr. Am Ministertisch Graf Stolberg, v. Kameke, Manbach, Bitter, Hofmann, Puttkamer, Lucius, Friedberg und zahlreiche Kommissarien.

Das Haus tritt in die erste Beratung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1880–81 und des Anleihegesetzes in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Verwendung der aus dem Ertrage von Reichsteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen ein.

Abg. Richter: Von der Rede des Herrn Finanzministers, mit der er die Staatsberatung einleitete, bedaure ich am meisten, daß sie nicht vor den Wahlen gehalten worden ist. So viel Versprechungen damals gegeben wurden, so viel Reue wird jetzt empfunden. Und was wurde erst amtlich vor den letzten Wahlen zum Reichstage vom Reichsanwalt und in der Provinzial-Korrespondenz Alles versprochen, um ihn für die Bewilligung der neuen Steuern und Zölle geneigt zu machen! Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände, Aufhebung der Klassensteuer als Staatssteuer, Beschränkung der Einkommensteuer bei Einkommen von 1000 bis 2000 Thalern auf fundirtes Einkommen, geringere Einkommensteuer von unfundirtem Einkommen über 2000 Thaler, gänzliche Befreiung der Staatsbeamten von der Einkommensteuer, Verbesserung der Gewerbesteuer zur Erleichterung der Handwerker und des kleineren und mittleren Handelsstandes, Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Beamten ähnlich wie in den Reichslanden, größere Ausgaben für die Volksschule und ihre Lehrer, für die höheren Unterrichtsanstalten u. s. w. In der vorjährigen Thronrede hatte die Regierung sich für verpflichtet erklärt mit allen Kräften das Unterrichts-gesetz zu fördern, zunächst seien dazu die finanziellen Mittel zu beschaffen. Inzwischen sind die neuen Steuern und Zölle bewilligt. In der dies-jährigen Thronrede ist vom Unterrichts-gesetz, der Schule, den Aufga-ben des Kultusministeriums überhaupt nicht die Rede, und diese ihre Schweigsamkeit steht in drastischer Gegensatz zu der Heftigkeit, die der neue Herr Minister sonst über seine Aufgaben, sogar über auswärtige Verhältnisse, ergossen hat, von denen er nach dem Urtheil des Preß-büreaus des Reichskanzlers gar keine Kenntniß hat. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre vereinigten sich alle Parteien zu einem Antrage, daß in der nächsten, in dieser Session, wenigstens ein Pensionsgesetz für Volks-schullehrer vorgelegt werde. Inzwischen haben die Herren Rastoren auf der General-synode (die Verhältnisse der evangelischen Geistlichen liegen nemlich ähnlich wie die der Schullehrer) sich ein ganz artiges Pensionsgesetz zurecht gemacht, wozu sie die Hilfe des Staates in erster Reihe beanspruchen. Wenn es nämlich darauf ankommt, beim Staat zu betteln, sind diese Organe der evangelischen Kirche in Bezug auf die Selbstständigkeit der Kirche nicht gerade eifrig. (Rufe rechts: phui!) Von einem Pensionsgesetz für Volksschullehrer hört man trotz der neuen Steuer nichts. Allerdings ist der vom Kaufe im vorigen Jahre bis zum Erlasse eines solchen Gesetzes bestellte Fonds von 300,000 M. in diesen Etat eingestellt. Aber was bedeutet diese Bei-hilfe! Ähnlich steht es mit den Hoffnungen auf Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Beamten, wie sie in den Reichslanden geübt wird. Wie aber steht es um die Steuererlasse? Der Reichskanzler wollte durch seine Rede im Reichstag zur Begründung der neuen Steuern den Eindruck erwecken, als ob man sie nur zu be-willigen brauche, um aller jener großen Erasse theilhaftig werden zu können. Ueberall im Lande wurde in diesem Sinne die Rede gegen die Liberalen ausgebeutet. Nun meine Herren Konservativen, Sie sind ja auch recht zahlreich erschienen (Heiterkeit), aber auch belastet mit einer sehr großen Passivmasse. Sie haben die Verpflichtung, alle die einge-gangenen Versprechungen zu erfüllen. Gelingt Ihnen dies nicht im Lauf der Legislaturperiode, dann kommen sie schließlich politisch in die-selbe Lage wie jemand, der im bürgerlichen Leben nicht mehr im Stande ist, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen. (Heiterkeit.) Wie denkt denn nun der neue Finanzminister über jene Reichstagsrede des Kanzlers? Ist er auch, wie Herr Sobrecht damals, der Ansicht, daß in jener Rede viel Zukunftsmusik enthalten gewesen? In der neulichen Rede des Finanzministers lag freilich für den Steuerzahler überhaupt keine Musik drin. (Heiterkeit.)

Der Reichskanzler versprach die Ueberweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen; Herr Sobrecht versprach mit Ausscheidung jeder Zukunftsmusik die Hälfte; Herr Bitter spricht sich gar nicht darüber aus; für den Augenblick giebt er den Kommu-nen nur Anweisungen auf neue Steuern, die sie sich selbst noch neben den neuen Staatssteuern erheben sollen: er kündigt eine Schankwirth-schafts- und eine Wanderlagersteuer an. Ich halte beide für ungerecht und wirtschaftlich verfehlt. Die erstere soll die Schankwirtschaften, die zweite die Wanderlager vermindern. Je mehr sich dieser Zweck er-füllt, desto geringer wird die Einnahme der Kommunen aus diesen Steuern. Der Staat aber schwächt ihre Steuerkraft, indem durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen und ihre Beamten für die Kommunen weniger besteuert werden können. Herr Sobrecht versprach 6 Millio-nen Erlaß an Gewerbesteuer für Handwerker und kleinere Pan-deltreibende. Herr Bitter erklärt, daß er darüber höchstens noch Erwägungen anstellen wolle. Der Kanzler versprach Aufhebung der Klassensteuer als Staatssteuer und der Einkommensteuer von we-niger als 2000 Thaler unfundirtem Einkommen. Herr Sobrecht ver-sprach mindestens 20–30 Millionen Erlaß an Klassen- und Ein-kommensteuer. Herr Bitter nennt überhaupt keine Ziffer und läßt es dahingestellt, ob es nicht bei der Beweglichkeit durch den Erlaß ein-zelner Monatsraten in guten Jahren sein Bewenden behalten soll. Herr Bitter nennt die Stempelsteuer eine Ruine. Diese „Ruine“ bringt aber 19 Millionen Mark ein. Er will auch die Ruine nicht abtragen,

sondern ausbauen; an die Spitze des Bauplanes stellt er wieder eine neue Steuer, die Börsen- und Banksteuer. Die Majorität hat diese Ankündigung wie die der Schanksteuer mit Beifall begrüßt. Wenn sie in dieser Weise fortfährt, jede neue Steuer mit Beifall zu empfangen, so wird dies auf die Erfindung neuer Steuern im Finanzministerium gewiß sehr befruchtend wirken. Was bleibt dann aber von den Ver-sprechungen von Steuererlassen auch nur für diese Legislaturperiode greifbar übrig? Nur dieses Gesetz über die Verwendung der Ueber-schüsse zum Erlaß von Monatsraten, sofern wir von den Ueberüberschüssen später einmal etwas übrig behalten. Dieses Gesetz ist also nur ein leerer Geldbeutel, in denen wir Steuererlasse, wenn wir sie später ein-mal bekommen, einpacken können. (Heiterkeit.) Aber auch nur in die-ser formalen Bedeutung entspricht es nicht den früher gemachten Zusagen; der Steuererlaß soll erst im zweitfolgenden Jahre danach eintreten können. Die Reichsregierung hat f. Z. einen Anschlag über den Normalertrag der neuen Steuern und Zölle nicht vorgelegt; dagegen hat die hierzu eingesetzte Subkommission der Tariffkommission, bestehend aus den Herren von Benda, Karsten und Delbrück, als denjenigen Minimal-ertrag, der unter allen Umständen anzunehmen sei, 71 Millionen M. berechnet; dazu kommen 28 bis 29 Millionen Mark aus der neuen Tabaksteuer, ein Ertrag, wie er als Mehrertrag der einst von dem Minister Camphausen vorgelegten gleich hohen Steuer von diesem selbst berechnet wurde. Der Minimalertrag der gesamten neuen Steuern ist also, ohne Hinzurechnung der aus der nach jenem Anschlag erfolgten Verdoppelung des Roggen- und Erhöhung des Eisensolls resultirenden Steigerung, im Ganzen 100 Millionen Mark. Ich selbst schätze den wirklichen Ertrag auf 130 Millionen Mark. Wie verhält sich nun hierzu der Ertrag des nächsten Etatsjahres? Allerdings sind vor der Erhebung der neuen Zölle so viel Vorräthe an Tabak, Thee und Wein eingeführt worden, daß bei diesen Artikeln von den neuen Steuern im nächsten Etatsjahr noch wenig einkommen wird. Wenn ich dies auch in Abzug bringe, so ist doch anzunehmen, daß von der ersten Einführung der neuen Zölle ab im Juli d. J. bis zum Schluß des nächsten Etatsjahres im April 1880 hundert Millionen Mark aus den neuen Steuern und Zöllen im Reiche einkommen. Die Regierung rechnet anscheinend nur 63 Mill. Mark. Dabei scheint mir die Neigung obzuwalten, durch zu niedrige Veranschlagung es zu erleichtern, später die Ausgabe-Etats im Reiche, also Militär- und Marine-Etat weiter zu erhöhen. Aber wenn auch die Mehreinnahme wirklich nur 63 Millionen Mark betrüge, so müßten dem preussischen Etat nach Verhältnis der Bevölkerung davon 39 Millionen und nicht bloß 24 Millionen zu Gute kommen. Bei dem Ansat von 24 Millionen ist vorausgesetzt, daß eine Summe von 25 Millionen aus den 63 Millionen Mehreinnahmen für den Reichshaushalt selbst und nicht zur Verminderung der Matrifularbeiträge verwandt wird. Der bairische Finanzminister setzt auch Letzteres voraus; unser Minister scheint einfach die 25 Millionen der Erhöhung des Militär- und Ma-rine-Etats zu Gute zu rechnen. Auch darin bleibt das vorliegende Ge-setz hinter den Zusagen zurück, daß es eventuelle Verminderungen der Matrifularbeiträge aus den neuen Steuern mitberechnet, wohl aber Erhöhungen der Matrifularbeiträge von den bei den Steuererlassen in Betracht kommenden Ueberüberschüssen abzieht. Aber auch die 24 Millio-nen Mark Ueberüberschüsse stellen noch nicht ganz die Einnahmen Preußens aus den neuen Reichsteuern dar. In dem Briefe vom 25. Dezember der sogenannten Weihnachtsbescherung, richtete der Kanzler seinem neuen Zollsystem nach, daß die neuen Zölle es erst ermöglichen wür-den, die bestehenden Verwaltungs-Einrichtungen ohne erhebliche Mehr-kosten ganz und voll auszunutzen. Nun aber erklärt die Steuerverwal-tung, daß sich noch gar nicht übersehen lasse, wie viel neue Beamte man brauchen werde. Vorläufig wird ein Bataillon von 600 neuen Zollaufsehern auf den Etat gesetzt, ein Dispositionsfonds von 300,000 M. erbeten, um die Stellen darüber hinaus zu vermehren. Außerdem werden die Beamten an Stelle der alten Gewehre, welche bei den bis-herigen friedlichen Grenzverhältnissen ausreichten, mit allen neueren Er-findungen zum Todtschießen der Menschen, Revolvern und Hinter-ladern ausgerüstet, damit sie tüchtig auf Schmuggler schießen können. (Sehr gut! rechts.) Sie sagen dazu: Sehr gut! Aber es ist traurig, wenn eine Gesetzgebung Verhältnisse schafft, die dies nothwendig machen.

Aber es wäre sehr ungerecht, zu meinen, daß die Ursachen unserer finanziellen Bedrängnis bloß in den Verhältnissen des Reiches liegen; sie liegen zum anderen Theil in besonderen preussischen Verhältnissen. So erklärt es sich, daß unsere Finanzverhältnisse auch nicht einmal um jene 20 Millionen Mark gebessert erscheinen, die aus dem Reiche über-wiesen werden. Alle extraordinären Ausgaben müssen, wie im vorigen Jahre, aus Anleihen gedeckt werden. Der Anleihezinsfuß für das Ordi-narium vermindert sich zwar von 10 auf 5 Millionen. Dem steht aber gegenüber, daß ja nun pro 1880 auch die Gebäudefsteuer in Folge der neuen Veranlagungen erhöht wird, um 7,200,000 M. Der Ertrag kommt dadurch auf 27 Millionen. Minister Camphausen meinte f. Z., er würde nicht 25 Millionen erreichen; ich nahm 30 Millionen an; die Rechnung wird auch noch über die 27 Millionen hinausgehen. Ich be-daure, daß die Finanzminister nicht so lange bleiben, daß man sich nachher mit ihnen persönlich darüber auseinanderlegen könnte, wie die angekündigte Rechnung eingetroffen ist. (Heiterkeit.) Wenn die An-leihezinsfuß in diesem Etat gegen den vorjährigen sich um 20 Millionen vermindert, so kommt dies daher, einmal, daß noch besondere Anleihen und Kapitalverwendungen in Rechnung gestellt werden für das Defizit 1878/79 und die erhöhten Matrifularbeiträge des laufenden Jahres.

Der Forsetat zeigt überall Rückgänge trotz der neuen Holz-tarife auf den Eisenbahnen und den neuen Holz-zöllen. Der Reichs-kanzler führte im März 1877 hier an, und diese Rede bildete ja den letzten Anlaß zu einem Ministerwechsel, daß lediglich unsere Eisenbahn-Tarife den Rückgang unserer Forsteinnahmen verschuldeten; wir be-zahlten in Folge der billigen Holzzufuhr aus Oesterreich gewissermaßen Klassensteuer an den österreichischen Forstfiskus, soweit dieselbe durch den niedrigen Ertrag unserer Forsten nothwendig sei. Nun hat der neue Minister die Eisenbahntarife für Holz ganz umgestaltet. Aller Welt wird jetzt klar, daß nicht Tarife, sondern das Darnebeliegen der Neubauten und die mit den niedrigen Kohlenpreisen niedrigen Brenn-materialienpreise die Ursache der geringen Forsterträge sind.

Auch der Etat des Berg- und Hüttendepartements erfüllt nicht die von der neuen Wirtschaftspolitik dafür gegebene Hoffnungen; seit 1868 war dieser Etat nie so schlecht, wie dieses Mal. Der Finanzminister spricht nun, vorsichtigerweise ohne Ziffernangabe, von ihm berichteter Gebung der Geschäfte. Freilich hat die günstigere Konjunktur in dem freihändlerischen England für die Eisenausfuhr nach dem schützöllnerischen Amerika, das mit seiner eigenen Produktion nicht mehr auskommen kann, auch in Deutschland eine Besserung der

Eisenkonjunktur und einen Ausgleich der ungünstigen Einwirkung des Glasgower Krachs bewirkt. Ich bedaure, daß unter der Deckung der Schutzzölle sich überall Koalitionen bemerkbar machen, um die Preise noch über die Steigerung, welche die vermehrte Nachfrage mit sich bringt, hinauszutreiben. Ähnliches sehen wir im Kohlenbergbau; die westfälischen Kohlengrubenbesitzer haben sich koalirt, um die Kohlen-förderung pro 1880 um 5 pCt. niedriger zu halten, als 1879. (Zuruf: Das ist sehr gut!) Na für die Kugenbesitzer mag dies sehr gut sein, aber für Preußen heißt dies 7000 Bergarbeiter weniger beschäftigen. (Hört! links.) Man sagte: Wird nur erst die Einfuhr vermindert, so werden im Inlande mehr Arbeiter Beschäftigung und höheren Lohn finden. (Hört! links.) Nur darum habe ich darauf aufmerksam ge-macht. Der Finanzminister wird gut thun, bei der Beurtheilung, ob eine Besserung eintritt, sich nicht bloß auf den Eindruck zu verlassen, den vielleicht die Börse hervorruft. Allerdings veranlaßt sie der Eise-nbahnpolitik der Regierung eine Pause, die Courte der Aktien der drei Bahnen, die hier angekauft werden sollen, sind seit 1. April d. J. um mehr als 100 Millionen im Werth gestiegen. (Hört! links.) Die Courte der sechs Bahnen, über welche verhandelt wird, haben sich seit dem Anfang dieser Verhandlung um nahezu 200 Millionen ge-hoben. Auch sonst stellt sich der Unterhalt des Arbeiters erheblich theurer; die Roggenpreise stehen heute 30 Proz. höher als an dem Tage, wo der Reichstag den Roggensoll verdoppelte. Wo sind heute die Millionen Jtr. Getreide, die sich nach Aussage des Kanzlers Jahre lang im Lande umhertreiben und zu Schleuderpreisen keinen Absatz finden? Schon bleiben die höchsten Roggenpreise hier in Berlin nur um 75 Pf. pro 100 Kilo hinter dem Preise zurück, bei welchem die Kornzölle von selbst in Wegfall kamen, als sie noch bestanden. Da wird allerdings zu erwägen sein, ob die Getreidebeuerung mit Ein-führung des Kornzölles am 1. Januar noch weiter verschärft wer-den soll.

Die Staatseisenbahnen leiden gewiß ebenso wie die Forsten und die Bergwerke in ihren Erträgen unter den allgemeinen Verhältnissen; aber hier werden die Nachteile noch verschärft durch die falsche Eisenbahnpolitik, in die wir seit 1873 gerathen sind. Schon im vorigen Jahre trug die Budgetkommission darauf an, unter den gegen-wärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen vom Anlauf von Vollbahnen Abstand zu nehmen. Nur mit 175 gegen 179 Stimmen unterlag dieser Antrag. Die Verhältnisse der Staatseisenbahnen nach diesem Etat lassen denselben noch mehr gerechtfertigt als im Vorjahre erscheinen. Den großen Niedgang der Einnahmen pro 1878/79 hat man durch Ausgabeersparnisse auszugleichen gesucht. Aber ob die sechs Millionen Ersparnis an Unterhaltungen der Neuierung die Ausgaben im nächsten Jahre nicht noch mehr erhöhen, läßt sich nicht unteruchen. Der Ueberfluß in diesem Etat ist geringer, trotzdem das Staatsbahn-netz um 200 Km. erweitert ist. Im vorigen Jahre rechnete die Budget-kommission eine Rentabilität der Staatsbahnen von 3,8 Prozent heraus. Die Rechnungsfaktoren der Regierung sind noch zu günstig angenommen; gleichwohl kommen dabei nur 3,6 Prozent Reinertrag heraus. Das Anlagekapital kostet uns 4,40 Prozent Zinsen; also beträgt der Zinsfuß der Steuerzahler zu den vorhandenen Staatsbahnen 0,80 Prozent des Anlagekapitals. Steigen später die Einnahmen, so werden mit den Kohlen- und Eisenpreisen auch die Ausgaben steigen. Bei solcher Aus-dehnung der Staatseisenbahnen beherrschet deren Rentabilität die ge-sammte Finanzlage, sinkt das Finanzministerium zur Buchhalterei des Eisenbahnministers herab. Die Richtung auf das ausschließliche Staats-bahn-system hat gerade zu ungünstiger Zeit dahin geführt, daß der Staat durch unfruchtbare Linien in Ueberproduktion und Konfur-renz, die man der Privatindustrie vorwirft, seit 1873 noch mehr ge-fündigt hat. Wenn etwas die Ueberproduktion in Eisenbahnen hätte ausgleichen können, so wäre es eine Tarippolitik gewesen, die sich der individuellen Natur der einzelnen Linien anschmiegte, neue Transporte und Industrien hervorruft. Statt dessen ist die Tarippolitik umgekehrt schematisch und schablonenhaft geworden und geeignet, gerade in diesem Augenblick weitere Verminderung der Transportwagen herbeizuführen. Nach dem Willen des Reichskanzlers sollen wir jetzt angeblich wieder in lebhafteren Austausch zur Volkswirtschaft Oesterreichs treten; aber der Eisenbahnminister will, wie die Zeitungen berichten, die von ihm gefündigten Verbandsstarife mit Oesterreich wieder herstellen, die um 20 bis 25 Prozent theilweise in der Richtung auf Hamburg den Trans-port vertheuert und demgemäß auch vermindern wird. Wie ist es im Verhältnis zu Rußland? Das Eisenbahnetz der Ostbahn hat sich gegen das Vorjahr von 1700 auf 2200 Km. erweitert, aber die Ein-nahmen sind gerade beim Güterverkehr auf größere Strecken um 3 Millionen Mark zurückgegangen. Die Zeitungen berichten, daß sich der Auenverkehr in Endtunneln um das Siebenfache, in Königsberg um das Sechsfache, in Berlin um das Dreifache vermindert hat.

Der Finanzminister hat von der Unverwundlichkeit des preussischen Staatskredits in allgemeinen Redewendungen gesprochen, wäh-rend seine Vorgänger bei dieser Gelegenheit uns warnend die Ziffern der Belastung dieses Staatskredits vorhielten. Allerdings so lange Preußen noch Steuern erheben kann, wird es auch noch Kredit finden, aber auf den Preis des Kredits kommt es an. Der Minister meint, der Kredit beruhe auf dem Gesammtpatriotismus. Aber als 1870 eine 5prozentige Anleihe zu 88 Prozent an 1000 Stellen zur Subscrip-tion aufgelegt wurde, da hat der Gesammtpatriotismus nur drei Viertel davon gezeichnet. (Sehr richtig!) Im Jahre 1869 wurde eine 4prozentige preussische Anleihe zu 93 Prozent nicht voll gezeichnet. Wenn der Staatskredit heute billiger geworden ist, so rührt dies daher, daß von 1869 bis 76 überhaupt keine Anleihen begeben wurden, die Staatsschuld von 1300 auf 900 Mill. sank und der Unternehmungs-geist brach lag. Seit 1876 verkaufen wir aber wieder Staatspapiere; die Schuld ist bereits wieder auf 14 Mill. gestiegen, sie wird auch ohne die Eisenbahnankäufe in den nächsten Jahren auf 1700 Mill. Mark steigen. Man staunt, wenn man in Berlin hört, welches Heer von kleineren und größeren Spekulantem im Geolge der Discontogell-schaft und Bleichröder sich die Verstaatlichung angelegen sein läßt. Die einmal angeachte Gewinnsucht wendet sich andern Papieren zu und läßt Errechnungen befürchten, die schließlich wieder zu einem Krach führen. Wird der Staatskredit theurer, daß mögen sich die Herren Landwirthte gesagt sein lassen, so wird es nicht minder der Hypothekar-kredit. Herr v. Moltke hat einmal gesagt: Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen gewonnen, müssen wir vielleicht 50 Jahre hindurch in Deutschland mit den Waffen festzuhalten suchen. Gerade in solcher Situation sollte man nicht den Staatskredit in Friedenszeiten derart unnöthig aufs Neue aufspannen, daß Gefahr entsteht; es könnte einmal, wenn einmal das Vaterland in Gefahr ist, die Rücksicht auf den Staatskredit die militärischen Dispositionen

hemmen. Seitdem 1873 die falsche Eisenbahnpolitik eingeschlagen worden ist, habe ich bei jeder Gelegenheit warnend die Stimme dagegen erhoben, auf dem abschüssigen Wege weiter zu gehen. Aber vielleicht hat Herr v. Bismarck Recht, daß viele Kreise im Volke erst anfangen, zu denken, wenn sie fühlen. Aber dann ist es leider manchmal zu spät und kann der Schaden weder rückgängig gemacht noch ausgeglichen werden. Der Finanzminister hat am Schluß seiner Rede uns aufgefordert, einträchtig zusammenzuwirken, um mit unserm Scharfsinn das Defizit zu begleichen. War dies mehr als eine oratorische Wendung, so kann ich nur bitten, den Finanzminister und seine Kollegen einträchtig aufzufordern, von den Bahnen einer falschen Wirtschaftspolitik, die sie auf allen Gebieten eingeschlagen, zurückzuführen zu jenen Grundsätzen altpreussischer Finanzpolitik, von denen der Minister gesprochen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident v. Benda übernimmt den Vorsitz.
Abg. v. Jodlitz: Es steht denjenigen, welche wie der Vorredner mit allen Kräften dahin gewirkt haben, daß die Steuerreform im Reiche nicht ganz und voll zur Durchführung gekommen ist, nicht an, nun sich darüber zu beklagen, daß ihre günstigen Wirkungen auch nicht voll eingetreten sind. (Beifall rechts.) Der Vorredner hat bei seiner Kritik der Mehrausgabe für die Bewachung der Grenze und für die Kontrolle und Erhebung der neuen Reichsteuern das Verhältnis verschwiegen, in dem sie zu der Erhöhung der preussischen Einnahmen steht, nämlich 1½ Prozent von diesem Mehreinkommen, vielmehr weniger als die Erhebung der direkten Steuern kostet, jene Mehreinnahme, wie er sie berechnet, zu 80 Millionen veranschlagt. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers in seinem Schreiben vom 15. Dezember waren vollkommen zureichend und sind keineswegs zu bemängeln. Nach den glänzenden Ergebnissen der Jahre 1872-1876 trat ein steter Rückgang in der Finanzverwaltung ein, der zwar zuerst durch die damals zu Gebote stehenden außerordentlichen Hilfsmittel latent blieb, später aber auch formal zu Tage trat. Als Gründe dafür wurden damals angeführt die Steigerung der Verwaltungsausgaben um jährlich mehr als 82 Millionen und der Erlaß von 32 Millionen Steuern in jenen Jahren. Wir haben die Auffassung, welche dem Eisenbahnbau einen wesentlichen Einfluß auf diese Verlehterung zugeschrieben hat, dadurch verworfen, daß die darauf gestützten Ansprüche abgelehnt worden sind. Während alle übrigen Betriebsverwaltungen Ueberschüsse gegen das laufende Jahr aufweisen, die Eisenbahnverwaltung wenigstens einen kleinen Mehreüberschuß gebracht hat. Jene günstigen Verhältnisse aber, von denen der Finanzminister gesprochen hat und die ich aus meinen keineswegs aus Börsekreisen stammenden Erfahrungen bestätigen kann, werden auf den künftigen Etat eine große Wirkung ausüben, und die wohlthätigen Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik werden dann bei den Staatsbahnen ebenfalls hervortreten, was jetzt drei Monate nach ihrem Inkrafttreten nicht möglich ist, zumal da wir uns jetzt nach einer fiesjährigen Krise, wie sie bisher in Deutschland unerhört war, befinden. Nach der Schilderung der Budgetkommission ist das Kreditwesen des preussischen Staates deshalb so günstig gestellt, weil der Werth seines Eisenbahnbesitzes den Gesamtbestand seiner Schulden übersteigt, so daß er seine Berg- und Hüttenwerke, sowie seine 3½ Millionen Hektaren nutzbarer Domänen und Forsten völlig schuldenfrei besitzt. Nach der Durchführung der Verstaatlichungspläne der Regierung, vorausgesetzt, daß der Erneuerungspreis dem Werthe der Bahnen wirklich entspricht, wird dieses Verhältnis durchaus nicht verändert sein. Wir haben im laufenden Jahre 63,200,000 Mk. als Ueberschüsse der Staatsbahnen eingestreckt. Allerdings sind davon abzuziehen die Pensionen und die Kosten der Staatsverwaltung abzüglich der Kosten für die Staatsaufsicht über einen entsprechenden Komplex von Privatbahnen, ungefähr 200,000 bis 250,000 Mk. Für Erneuerungsbedürfnisse darf man keine fiktiven Summen abziehen, sondern nur die auf wirklich technischen Spezialuntersuchungen beruhenden. Wird die Uebergangszeit überunden sein, dann werden die Staatsbahnen außer der Verzinsung des Anlagekapitals zu dem Sage, zu welchem es der Staat aufgenommen hat, auch noch einen Ueberschuß ergeben. Die an sich günstigen Ergebnisse der Staatsbahnen werden noch erhöht, wenn man bedenkt, daß sich darunter viele Bahnen befinden, die der Staat ohne Rücksicht auf ihre Rentabilität zur Hebung des Wohlstandes in minder begünstigten Landestheilen gebaut hat. Diese Kulturbahnen werden verzinst aus den Ueberschüssen rentabler Bahnen, ohne für diese Zwecke den Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Der Staat wird dieser Ehrenpflicht in noch größerem Maße genügen können, wenn er die Zahl der rentablen Bahnen in seinem Besitz vermehrt. Also Gründe sprechen für die von der Regierung geplante Vermehrung der Staatsbahnen. Ich halte den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf für eine vollständige Erfüllung des gegebenen königlichen Versprechens. Ich billige es, daß der geplante Steuererlaß nur den Steuerpflichtigen, welche ein Einkommen von weniger als 6000 Mark haben, zu Gute kommen soll. Dieses muß aber auf dem Wege der definitiven Ordnung der Klassen- und Einkommensteuergesetzgebung geschehen, eine solche Maßregel darf nicht provisorischer Natur sein. Der Finanzminister würde sich durch eine Steuerreform ein großes Verdienst erwerben, denn auch im Steuerwesen gilt der Satz: *Justitia est Fundamentum regnorum.* (Beifall rechts!)

Finanzminister Bitter: Wenn ich dem Abg. Richter in alle Details seiner Rede folgen wollte, müßte ich Ihre Zeit drei bis vier Stunden lang in Anspruch nehmen. Seine Rede war in der Hauptsache ein Angriff gegen den Reichsfinanzminister. Der Redner hat dabei wohl übersehen, weshalb die Wirtschaftspolitik inaugurirt worden ist; er hat wenigstens im Augenblicke nicht daran gedacht, daß der Grund hierfür nicht in der Auffassung eines einzelnen Mannes lag, sondern in dem Zurückgehen, in dem Unhaltbarwerden der Zustände, wie sie sich nach und nach entwickelt haben, und die zu einer Katastrophe geworden waren, aus der wir nothwendig heraus mußten. Der Abg. Richter bedauert, daß ich meine Rede nicht vor der Wahl gehalten habe, ich würde ihm sehr dankbar sein, wenn er mir sagte, wie ich das hätte machen sollen. (Geisterstille rechts.) Was der Reichsfinanzminister als Zukunft seiner Pläne gedacht hat, die Konsequenzen, die er für die Steuerreform daraus gezogen, waren kein bloßes Versprechen, das Zug um Zug erfüllt werden müßte, sondern erst, wenn normale Zustände wieder eingetreten sein werden, können die Versprechungen erfüllt werden. Solche normale Zustände können aber nicht in drei oder vier Monaten herbeigeführt werden. Man kann doch nicht sagen: es ist gleichgültig, wo der Staat mit seinen Einnahmen und Ausgaben bleibt, ich habe es versprochen, hier ist der Erlaß. Welcher Staatsmann könnte so wirtschaften? Pflicht des Finanzministers ist, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufrecht zu erhalten; eine finanzielle Besserung ist nur möglich, soweit die neue Wirtschaftspolitik ihre Früchte trägt, und daß diese Früchte erscheinen werden, darüber bin ich für meine Person nicht zweifelhaft. Wenn der Abg. Richter einen Vorgang im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier angezogen hat, so hätte er doch hinzusetzen sollen, daß früher dort eine Ueberproduktion stattfand, die eine Einschränkung der Produktion auf das wirklich Absatz findende Quantum nothwendig machte. Wenn der Abg. Richter dann andeutete, daß ich meine Informationen über das Besserverwerden aus Börsekreisen entnommen, so kann ich ihn beruhigen; ich habe mit Börsekreisen so gut wie gar keine Fühlung, nur so viel, als mir als Finanzminister durchaus nothwendig ist. (Beifall rechts.) Ich stehe der Börsenspekulation und Allem, was daran hängt, absolut fern. (Abg. Richter: das versteht sich von selbst!) Meine Bemerkungen beruhen auf sorgfältigen Erfundigungen bei Personen aus allen Landestheilen. Daß die neue Wirtschaftspolitik nicht so schlecht ist, als sie mehrfach dargestellt wird, dafür habe ich noch andere Anzeichen. Beim Hauptsteueramt für ausländische Gegenstände in Berlin sind eingegangen im Oktober 1878 und 1879, und zwar an Artikeln, für welche die neuen Tarifsätze bereits in Kraft getreten sind: Noheisen Oktober 1878: 200 Ztr., Oktober 1879: 23,865 Ztr.; andere grobe Eisenwaaren 1878: 1930 Ztr., 1879: 2111 Ztr.; feine Holzwaaren: 231 resp. 362 Ztr.; getrocknetes Obst: 1747 resp. 2571 Ztr.; Eier 692 resp. 4757 Ztr.;

Hölzer, roh, gesägt und mit der Art bearbeitet 753 resp. 3924 Zentner. Diese Zahlen sprechen nicht für einen Rückgang. Der Abg. Richter meinte, ich hätte die direkten Steuern anders aufgefaßt, als der Reichsfinanzminister, der die Abschaffung derselben erstrebe. Der Abgeordnete Richter hat ganz richtig vorausgesetzt, daß ich mich mit dem Reichsfinanzminister über meine Stellung zu den direkten Steuern und zu der Steuerreform nicht verständigt habe und ich kann versichern, daß ich mit dem Reichsfinanzminister nicht im Widerspruch stehe. Die Mehrausgabe für Zollbeamten im Etat darf in keiner Weise so aufgefaßt werden, als ob dadurch das, was der Reichsfinanzminister ausgesprochen hat, als unzureichend dargestellt würde; wir glauben aber, daß es bei der Einführung des neuen Tarifes durchaus nothwendig ist, an allen Stellen, wo die Finanzverwaltung glaubt, daß ein Schmuggelhandel sich etablieren könne, mit Energie die Grenzbewachung so zu organisiren, daß der Schmuggel gar nicht recht entstehen kann. Vielleicht sind wir dabei etwas weiter gegangen, als es dauernd nothwendig sein wird. Die Bewaffnung der Zollbeamten mit Gewehren neuer Konstruktion, hat nicht den Zweck, blutige Affären herbeizuführen; die Bewaffnung war in den letzten Jahren so unzureichend, daß diejenigen, welche die Verantwortung, nicht bloß für die Zollintraden, sondern auch für das Leben der Zollbeamten tragen, von selbst darauf hingeführt wurden, die Beamten mit guten Waffen zu versehen. Die Spezialberatung wird zur Aufklärung von Zweifeln Gelegenheit bieten und sie wird zeigen, daß es meine einzige Aufgabe ist, so lange ich auf diesem Platz bin, eine vernünftige Finanzwirtschaft zu führen. Der Abg. Richter hat Zweifel ausgesprochen, ob ich Zukunftsmissen treibe; ich kann die Versicherung geben, daß ich auf dem klassischen Standpunkt stehe, sowohl in der Musik, als was die Staatsfinanzverwaltung angeht, und ich hoffe dabei stehen zu bleiben. (Beifall rechts; Geisterstille.)

Kultusminister v. Puttkamer: Der Abg. Richter hat in seinen Ausführungen auch einen kurzen, wenn auch nicht gerade freundlichen Blick auf meine Verwaltung geworfen. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß in der Thronrede von der Unterrichtsverwaltung gar keine Rede sei. Die Staatsregierung ist sich ihrer fortwährenden verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Vorlage des Unterrichtsgesetzes vollkommen bewußt, aber in der Thronrede dies besonders zu betonen, erschien allerdings nicht zweckmäßig. Wenn eine mit so bedeutsamen und wichtigen Arbeiten angefüllte Session vor dem hohen Hause liegt, dann schien es allerdings nicht angängig, derjenigen Dinge Erwähnung zu thun, welche in dieser Session nicht mehr erledigt werden können. Daß das Unterrichtsgesetz diesmal nicht zur Vorlage kommen kann, wird schon ein kurzer Blick auf die Geschichtslage beweisen. Ich habe diesen Entwurf vorgefunden in dem Stadium, daß er vorläufig zum Abschluß gekommen und den Mitgliedern des Staatsministeriums zur Meinung mitgetheilt war, daß einige sehr eingehende und umfangreiche Botschaften beim Kultusministerium eingegangen waren, aus denen sich ergab, daß über eine so große Fülle von organisatorischen und finanziellen Problemen eine Einigung und Klärung herbeigeführt werden müßte, daß die Vorlage unmöglich noch in dieser Session an den Landtag gebracht werden könnte. Eine sachliche Verzögerung wird nicht herbeigeführt werden; denn die Erwägung, daß jedes Unterrichtsgesetz, mag es in einer Art oder Form zu Stande kommen, wie es wolle, nicht ohne sehr erhebliche finanzielle Mehrkosten wird ins Leben treten können, diese Erwägung legt bei der jetzigen Finanzlage unter allen Umständen sowohl der Regierung wie den gesetzgebenden Faktoren eine gewisse Selbstenthaltung auf. Der Abg. Richter hat dann ferner gesagt, der Landtag hat ein Pensionsgesetz für Volksschullehrer verlangt, und was giebt man ihm: elende 300,000 Mk. für Pensionszuschüsse. Auch ein Gesetz über Pensionen der Elementarlehrer kann außerhalb des Unterrichtsgesetzes nicht gebracht werden, so daß wir wohl daran thun, die dringlichsten Bedürfnisse des Unterrichtswesens, dazu rechne ich auch die Lehrerpensionen, eintwischen durch mäßige Zuschüsse aus dem Etat zu befriedigen und ich danke meinem Herrn Kollegen, dem Finanzminister, daß er mir bei der Bewilligung dieser 300,000 Mk. keinen Widerstand entgegengelegt. Ich bin der Meinung, daß die preussische Lehrermittel der Regierung und diesem Hause, welches die Anregung dazu gegeben, Dank schuldig ist, wenn wir auf diese Weise die Ruhegehälter der Lehrer erheblich aufbessern können. Wenn der Abg. Richter einen Fall anführte, daß ein Lehrer nur ca. 350 Mark Pension erhält, so denke ich, die 300,000 Mark werden dazu ausreichen, das Minimum der Lehrerpensionen auf 600 Mark zu bringen. (Beifall rechts.) Nun sprang der Abg. Richter plötzlich, ich weiß nicht wie, auf die Generalsynode über und sagte die Herren Pastoren nehmen keinen Anstand, beim Staat um ihre Pensionen zu betteln. Dieses in meinen Augen unschöne Wort entspricht gewiß dem kirchlichen Standpunkte des Abg. Richter, aber ich bin überzeugt, daß es in den weitesten Kreisen der evangelischen Landeskirche mit lautem Unwillen vernommen werden und den lebhaftesten Widerspruch finden wird. (Sehr wahr! rechts.) Daß die erste Gesamtvertretung der evangelischen Kirche Preußens am Ende die sehr mühevollen und mit aller Hingebung beendigten Session diesen ersten Gruß aus den Reihen der preussischen Volksvertretung bekommen würde, darauf bin ich nicht gefaßt gewesen und das beklage ich auf das Schmerzlichste. (Beifall rechts.)

Kommisarius Geh. Oberfinanzrath Burghart: Mit Bezug auf das Gesetz, das mit der Beratung des Etats verbunden ist und zu dessen Vertretung ich berufen bin, hat der Herr Abg. Richter den Vorwurf erhoben, die Zusagen des vorigen Jahres seien hier schon bedeutend zusammengekrumpt; sogar das Geld, das der Staat aus der Reichskasse bekommt, lasse man 1½ Jahre in seiner Kasse liegen und wolle es erst dann dem Steuerzahler zu Gute kommen lassen. Das Letztere ist ganz einfach ein durch nichts zu erweisender, aber durch alles zu widerlegender Irrthum. Das steht nicht in dem Gesetz. Nach dem Gesetz wird das, was in dem neuen Jahre einkommt, sobald es in dem nächsten folgenden Juni, sagen wir auch nur vorläufig, festgestellt ist, sofort für das Jahr erlassen. (Richter: für welches?) J. V., die 23,900,000 Mark, die Sie in dem Etat von 1880-81 finden, sollen nicht, wie Herr Richter behauptet, 1883 erlassen werden, sondern würden wir nach dem Schluß des Etatsjahres im Juni 1882 erlassen. (Hört! hört!) Und früher könnten wir es doch nicht; denn so lange man kein Geld hat, kann man keine Steuern erlassen. Die Zusage, die am 14. Februar d. J. mit Allerhöchster Ermächtigung gegeben worden ist — ich sage das mehr für das Land als für das Haus, weil ich hier ein solches Mißverständnis nicht voraussetzen kann — hat mit der Erweiterung des Reiches der Landesvertretung zur Gestalt der Einnahmen des Staates, mit der Einführung eines beweglichen Faktors oder auf Deutsch gesagt, mit dem Quotisationsrechte von Steuern schlechthin keinen Zusammenhang, sie steht außer aller Beziehung damit, (Zustimmung und Widerspruch), — ich bin bereit den unfindlichen Nachweis zu führen, außer jeder Beziehung zu dem Gegenstand, den Sie im vorigen Jahr unter Punkt IV. des Budgetberichts behandelt haben, betreffend die Einführung eines beweglichen Faktors bei den Einnahmen. Sie bezieht sich lediglich darauf die Brücke zu schlagen, die der damalige Finanzminister schlagen wollte. Was war das für eine Brücke? Sie war nur nöthig, weil nach der damaligen Situation auf die man doch zur Interpretation immer zurückgehen muß, die Schwierigkeit bestand, daß unten in der Leipziger Straße ein Faktor die Einnahmen zu bewilligen hatte, die begehrt wurden, und ein ganz anderer Faktor, die beiden Häuser des Landtages, darüber zu beschließen hatte, wie die Steuererleichterungen zu realisiren sein würden. Diese Brücke war zu schlagen zwischen der Versicherung der Steuererleichterung und dem ganz fremden Faktor, von dem man die Steuererleichterung verlangte. Sie ist geschlossen, indem mit Allerhöchster Hochherzigkeit ertheilter Ermächtigung die vielleicht überflüssige, aber jedenfalls unbedenkliche Erklärung abgegeben ist, daß die Staatsregierung denselben Betrag, den sie aus dem Steuerertrage mehr einnehmen würde, an der Klassen- und Einkommensteuer erlassen würde. Es kann darüber gar

kein Zweifel sein. Nach dem Wortlaut der Resolution des Hauses soll die Mehreinnahme, wenn nicht anders darüber verfügt wird, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und Einkommensteuer verwendet werden. Die möglicherweise darin liegende Zweideutigkeit: — wie soll die Mehreinnahme verwendet werden? — indem man die Klassen- und Einkommensteuer neu gestaltet und einen beweglichen Faktor einführt oder in anderer Weise? — ist durch die mit allerhöchster Ermächtigung abgegebene Erklärung positiv bestimmt. Sie enthält genau die Definition, wie verwendet werden soll, und zwar dahin, daß „der Betrag an der für das betreffende Jahr veranlagten Klassen- und Einkommensteuer zu erlassen ist.“ Das steht voraus: es bleibt mit der Veranlagung der Klassen- und Einkommensteuer beim Alten, wir veranlagten wie bisher und der übermiesene Betrag, sobald er bestimmt festgestellt ist, ist Steuererlaß. Diese Form ist ganz benutzt hineingeschrieben und von Ihnen auch damals angenommen. Sie ist gewiß, weil dabei eben von einer Modifikation des Rechts der Steuerbewilligung, von einer Quotisation der Steuer, einer Modifikation des bestehenden Rechtszustandes zwischen Krone und Landesvertretung mit Rücksicht auf unsere bestehende Verfassung schlechthin keine Rede sein kann.

Abg. Richter glaubt, daß es nicht richtig und dem Staatsinteresse keineswegs entsprechend war, daß man Verprezungen in das Land hinauswarf, zu deren Lösung man 300 Millionen Mark indirekter Steuern bedurfte. Man mußte erst dem Lande den Beweis führen, daß die 300 Millionen Mark zu erheben waren, und dann erst die Verprezungen machen. Die Behauptung des Vorredners, der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf entspreche unbedingt der Vereinbarung, welche zwischen der Majorität des Abgeordnetenhauses und der königl. Staatsregierung in der letzten Session geschlossen worden, muß Redner widersprechen. Er habe ursprünglich die Absicht gehabt, die Frage zu erörtern, ob nicht, nachdem die Mehreinnahmen aus den Zöllen bewilligt sind, nun für die Volksvertretung und Regierung die Sorge erwache, mit der Fixirung des Steuererlasses schon jetzt vor das Land zu treten. Er selbst halte das Haus hierzu für verpflichtet und bedauere, auf der rechten Seite eine so schroff ablehnende Haltung gefunden zu haben, glaube aber aus diesem Grunde die Erörterung dieser Frage jetzt fallen lassen zu müssen. Daß der vorliegende Entwurf der früheren Vereinbarung nicht entspreche, beweise der Wortlaut der Allerhöchsten Ermächtigung, wonach ein Steuererlaß eintreten soll, soweit durch Steuerreformen des Reiches der Matrikularbeitrag Preußens unter den im Haushaltset für 1879/80 vorgesehenen Betrag sinkt. Von dieser Zusage finde sich in der Vorlage kein Wort; dieselbe spreche nur von einem Erlaß desjenigen, was über 130 Millionen hinausgeht, während die Höhe der Matrikularbeiträge nur 105 Millionen beträgt. Diese Differenz von 25 Millionen müsse, soweit Preußen daran theilnehme, ohne Zweifel gleichfalls den Steuerzahlern zu Gute kommen. Eine dritte Frage sei die, ob die Feststellung der Erlasse durch den Etat erfolgen solle. Er halte dies für unabwieslich und habe dies in dem Bericht der Budgetkommission schon früher ausgesprochen. Der Finanzminister Hobrecht habe ebenfalls Namens der Staatsregierung die ausdrückliche Zusicherung gegeben, daß in Bezug auf die Verwendung der aus den Reichsüberschüssen fließenden Einnahmen der Volksvertretung die Verfügung garantirt werden solle. In der Vorlage sei von einer solchen Garantie der Verfügung nicht die Rede. Gerade jetzt, wo die Gebäudesteuer um 17 Millionen erhöht worden, müsse man endlich daran denken, nun auch Erleichterungen eintreten zu lassen. Schon seit 1866 habe die liberale Partei die Regierung — leider vergeblich — aufgefordert, daran zu denken, daß die Realsteuer nicht ausschließlich vom Staate in Anspruch genommen werde, sondern den Kommunen zu überweisen sei. Erkenne man dies Bedürfnis als ein dringendes an, so könne man nicht dem Finanzminister überlassen, die Ueberschüsse mechanisch an die Pensionen gewisser Steuerstufen zu verteilen, jetzt bestimme, daß die Reichsüberschüsse etatisirt werden, so entliehe daraus durchaus keine Verzögerung; der Steuerzahler habe die Erleichterung genau in demselben Jahre. Daß hierin eine Beeinträchtigung der konstitutionellen Rechte der Krone liegen würde, bestreite er entschieden. Niemals sei die Vereinbarung anders aufgefaßt worden, als daß die Sache im Etat erledigt werden sollte. Jedenfalls empfehle es sich, den Gesetzentwurf über die Verwendung der Reichsmittel der Budgetkommission zu überweisen, die in Erwägung zu ziehen haben wird, ob und in welcher Weise die oben bezeichneten 25 Millionen für den preussischen Etat mit in Anspruch zu nehmen sind. Man habe früher darüber geklagt, daß der Reichsetat später als der Staatshaushaltset beraten würde wegen der Ungewißheit über die Höhe der Matrikularbeiträge. Jetzt mache sich dieser Uebelstand doppelt fühlbar. Der preussische Etat ohne den Reichsetat sei gar nicht zu vertheilen und die Staatsfinanzverwaltung sei von den Beschlüssen der Reichsvertretung und der Bundesregierungen vollständig abhängig. Das Haus habe ein dringendes Interesse, den früheren Beschluß zu wiederholen, daß der Reichstag früher einberufen werden möge, als der Landtag. Der Finanzminister habe auf die Ausführungen des Abg. Richter geantwortet, er sei bezüglich der Finanzpolitik kein Zukunftsmissen, sondern gehöre der klassischen Periode an. Er selbst glaube, daß die klassische Periode die des alten Roms, die der Instruktion von 1824, die der unvergeßlichen Arbeiten seiner Staatsmänner aus dem Anfange unseres Jahrhunderts gemein sei. Der Beethopen, der Mozart der Finanzwirtschaft seien die Humboldt, Stein, Hardenberg, Hoffmann, nimmermehr aber entspreche es der klassischen Periode, dem Hause die Frage vorzulegen, ob man die direkten Steuern ganz abschaffen solle. Im Jahre 1806 versagten die indirekten Steuern und der Staat kam an den Rand finanzieller Leistungsunfähigkeit. Damals habe man den Grundsatz aufgestellt, daß die direkten Steuern den festen und sicheren Kern der Staatseinnahmen bilden sollen. Redner geht sodann auf die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen über, welche das ungünstige Verhältnis zwischen Einnahme aus den direkten Steuern und aus den Betriebsverwaltungen noch verschlimmere. Diese Maßregel wirke um so schlimmer, als sie zusammenfalle mit einer wirtschaftlichen Reform, die niemals dazu führen werde, die Lage des Landes zu verbessern. Mit Bezug auf die einzelnen Etats tritt der Redner der Ausführung des Abgeordneten Richter entgegen, daß eine Beschränkung der Produktion in den Bergwerken zu mißbilligen sei. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen berechnet er um 1 Prozent schlechter als im vorigen Jahre; ihre Einnahmen seien zu hoch veranschlagt. Die ganze Lage erheische Sparsamkeit, namentlich in den Kosten der Zentralverwaltung. Auch im Extraordinarium vermisse er in Bezug auf verschiedene Posten die Nothwendigkeit. Die Finanzgebarung bedürfe einer festen und sicheren Grundlage, die man gegenwärtig leider vermisse. Hoffentlich werde die gegenwärtige Situation dieselben schaffen. Komme es hierzu nicht, dann allerdings habe das Haus keinen Grund, sehr froh in die Zukunft zu schauen.

Finanzminister Bitter: Ich glaube, daß man, wenn ich jetzt versichere, den Schluß ziehen wird, daß ich alles anerkenne, was der Vorredner gesprochen; ich behalte mir vor, auf alles Einzelne, soweit es von Bedeutung ist, bei besserer Gelegenheit einzugehen.

Um 4½ Uhr wird die weitere Berathung bis Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 7. November. [Die erste große Debatte des neuen Abgeordnetenhauses.] Vor vollen Tribünen und einem so stark besetzten Ministeriell, wie man ihn selten sieht, begann heute die erste größere Verhandlung des neu gewählten Abgeordnetenhauses. Offenbar herrschte sowohl im Publikum, als innerhalb der Regierung einige Neugierde auf

dieses Debut der neuen Volksvertretung. Wer indeß etwa erwartet hatte, daß aus den Reihen der Novizen Redner auftreten würden, der ist enttäuscht worden: man hat heute nur diejenigen Abgeordneten gehört, welche auch bei früheren finanziellen Verhandlungen als die Vorträger ihrer Parteien aufzutreten pflegten. Ein Interesse der Neuheit bot nur der Ministertisch dar. Der erste Redner, Herr Richter (Hagen), beging von Neuem den bereits in der letzten Reichstagsession von ihm gemachten Fehler, zu lange zu sprechen. Obgleich seine Rede fast in allen Einzelheiten oratorisch wirkte, fehlte da, wo ihre Tendenz die sehr ansehnliche einer exklusiven Parteistellung war, brachte er sich doch um einen großen Theil des Eindrucks: es ist eben unmöglich, einen Redner zwei Stunden lang anzuhören, ohne ermüdet zu werden, und Herr Richter sprach heute 2 volle Stunden. Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß er vollständig wirkungslos diese Anstrengung auf sich genommen hätte; diejenigen seiner Ausführungen, welche die Folgen der Schutzpolitik kritisirten und den Gegensatz zwischen den früher erregten Hoffnungen auf Steuererleichterungen und der jetzigen Lage der Dinge hervorhoben, ernteten nicht nur die lebhafteste Zustimmung der Linken, sondern machten unverkennbar auf der rechten Seite des Hauses denjenigen peinlichen Eindruck, welcher bezeugt, daß ein Gegner die Wahrheit gesprochen hat. Dagegen war ein längerer Exkurs, den Herr Richter über die Eisenbahnfrage machte, heute nicht notwendig und, weil dadurch die Rede zu einer exorbitanten Länge anwuchs, schädlich, ganz abgesehen davon, daß hier der höchst einseitige, vielleicht nicht einmal von sämtlichen Fraktionsgenossen Richter's getheilte Standpunkt desselben zur Eisenbahnfrage in aller Schroffheit zu Tage trat; und schließlich noch war, daß der fortschrittliche Redner gleich im Eingang seiner Darlegungen einen das Ziel verfehlenden Angriff auf Herrn v. Puttkamer machte: er verspottete einen Staatsposten zur Erhöhung der Lehrer pensionen, den der Kultusminister eingestellt hat, und griff die Generalsynode wegen eines an sich ganz unverständlichen Beschlusses über die Emeritierung der Pfarrer an, so daß der Kultusminister die nachher mit Eifer und Geschick benutzte Gelegenheit erhielt, einen äußerst wohlfeilen Triumph zu feiern. Bevor er dazu gelangte, antwortete Herr Richter indeß erst noch die Finanzkapazität der Freikonservativen, Herr v. Zedlitz, dessen Rede die Leser zum großen Theil aus der Inhaltsangabe und der Kritik kennen, welche über einen von Herrn v. Zedlitz in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlichten Aufsatz betreffend die Steuerreform in diesem Blatte gebracht worden: der Redner trug nämlich die Dummheit dieses Artikels vor, was ebenso wenig notwendig war, wie die Richter'sche Abschwörung über die Eisenbahnfrage. In dieser letzteren jedoch trat er dem fortschrittlichen Redner mit Glück entgegen, indem er die Aufgabe, welche der Staat auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu lösen hat, mit Erfolg der rein kaufmännischen Auffassung Richter's entgegenstellte. Der nächste vorgemerkte Redner aus dem Hause war Herr Richter, aber es sollte noch lange dauern, bevor er zu Worte kam, denn nunmehr zeigte sich, ein wie lebhaftes Bedürfnis man am Ministertisch empfand, den Angriffen des Vortragsführers der Fortschrittspartei entgegenzutreten. Zunächst that dies der Finanzminister Bitter, welcher den Reichszähler gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen suchte, unerfüllbare Hoffnungen erregt zu haben. Aus dem Sitzungsberichte möge der Leser ersehen, wie weit dies Herrn Bitter gelungen ist. Hier ist hinzuzufügen, daß das Auftreten des Ministers heute nicht nur bereits ungleich sicherer war, als bei dem Einbringen des Etats, sondern daß er auch oratorische Anlagen zeigte, die, wenn er lange genug Minister bleibt, um sie auszubilden, vielleicht auch bedeutenden Gegnern allmählich gewachsen sein werden. Vorläufig ist der schlimmste Fehler des Herrn Finanzministers als Redner, daß er sich nicht gelegentlicher Plattheiten zu enthalten vermag, die umso leichter Heiterkeit erregen, da man ihnen anhört, daß ihre Bestimmung ist, eine momentane Verlegenheitspause auszufüllen. Nach Herrn Bitter ergriff Herr v. Puttkamer das Wort, zum ersten Male vom preussischen Ministertisch aus. Wir sagten schon, daß er es überaus leicht hatte, den Richter'schen Angriff zurückzuweisen. Das Bravo, mit welchem die Rechte ihn belohnte, war nicht bloß demonstrativ, sondern, wie man zugeben muß, begründet; Hörer, welche schon die Mühler'sche Zeit mit erlebt haben, mußten sich daran erinnern, wie oft in ganz ähnlicher Weise Herr v. Mühler durch die Fehler seiner Gegner von Neuem im Amte befestigt wurde, wenn er schon unrettbar verloren schien. Aber auch nach Herrn v. Puttkamer's Rede war dem Bedürfnis des Ministertisches, Herrn Richter zu antworten, noch nicht genügt. Ein Kommissar des Finanzministers mit äußerst konservativen Ansichten trat einer Richter'schen Behauptung entgegen, daß der Gesetzentwurf über die Verwendung von Reichs-Verleihen nicht völlig analog jenem Abkommen sei, welches das frühere Abgeordnetenhaus mit dem früheren Finanzminister getroffen hatte. In diesem Punkte stimmte der nächste Redner, Herr Richter, welcher in freundlichem Tone eine materiell entschiedene Kritik an dem Etat übte, Herrn Richter (Hagen) bei; aber in diesem Wortgefecht zwischen dem Kommissar und dem nationalliberalen Redner über den erwähnten Gesetzentwurf und über die Bedeutung des in der vorigen Session geschlossenen Abkommens mit Herrn Hübner trat der eigentliche Differenzpunkt keineswegs sehr klar hervor. Er ist an dieser Stelle bereits bei der ersten Erörterung des Gesetzentwurfs über die Verwendung der Verleihen berührt worden: In der Sache ist dieser Gesetzentwurf durchaus bestrebt, jenem Abkommen gerecht zu werden; und wenn er es hinsichtlich der Höhe der in Betracht kommenden Summe nicht vollständig thut, so dürfte dies auf eine ungenügende Wortfassung zurückzuführen sein. Die wahre Differenz aber ist, daß die jetzt zur Minderheit gewordene liberale Majorität des alten Abgeordnetenhauses in jenem Abkommen mit

Herrn Hübner die Quotifizierung der Personalsteuer verlangt zu haben wünschte, daß die Form jenes Abkommens aber diesem Zwecke keineswegs genau entsprach, worauf wir schon damals hingedeutet haben. Jetzt, nachdem an die Stelle der liberalen Majorität eine konservative getreten ist, wünscht die Regierung, daß künftige Steuernachlässe, wenigstens was die Form der Verleihen anbelangt, nicht vom Abgeordnetenhaus sondern von der Regierung auszugehen scheinen — um des „monarchischen Prinzips“ willen.

Pocales und Provinzielles.

Posen, 8. November.

r. [Auflösung des deutschen Wahlvereins.] Der deutsche Wahlverein hielt gestern Abend im Handelsaale unter Leitung des Vorsitzenden, Amtsrichters Dr. Traumann, seine letzte Generalversammlung ab; derselben wohnten nur 9 Mitglieder bei. Der Vorsitzende beantragte im Namen des Vorstandes die Auflösung des Vereins; motivirt wurde dieser Antrag damit, daß der Verein seine Existenzberechtigung verloren habe, da er nicht mehr alle deutschen politischen Parteien unserer Stadt vertreten, und nicht mehr den Boden zu gemeinsamer Thätigkeit dieser Parteien bilde, wie dies seine Aufgabe sei. Der Antrag des Vorstandes wurde fast einstimmig angenommen. — Kaufmann M. Rantowicz berichtete alsdann über die Kassenlage. Danach zählte der Verein im letzten Vereinsjahre 195 Mitglieder; die Einnahme betrug 585 M., die Ausgabe 443 M.; der Bestand beläuft sich demnach, abgesehen von den Kosten für die letzte Generalversammlung, auf 142 M. Nachdem die Rechnung von zwei Mitgliedern der Versammlung revidirt und für richtig befunden worden war, wurde dem Vorstande Decharge ertheilt. — Endlich beschloß die Versammlung, die noch vorhandenen Geldmittel dem hiesigen Königin Luise-Verein zu überweisen, dessen Aufgabe es ist, begabten unbemittelten Kindern beiderlei Geschlechts aus den Volks- und Mittelschulen der Provinz Posen, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses, bis zu ihrer Selbstständigkeit in einem ihren Fähigkeiten entsprechenden Berufe Beistand zu gewähren. — Damit erreichte nach kaum halbstündiger Dauer die Versammlung ihr Ende.

r. [Die landwirthschaftliche Provinzial-Ausstellung] zu Bromberg, welche ursprünglich auf die Tage vom 21. bis 23. Mai nächsten Jahres anberaumt war, ist wegen der in Breslau um dieselbe Zeit stattfindenden landwirthschaftlichen Ausstellung auf die Tage vom 28. bis 31. Mai verlegt worden.

r. [Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Runowski] ist gestern Morgen nach Gnesen gefahren.

r. Ueber die Arbeit der Frauen auf dem Gebiete des Gustav-Adolf-Vereins hielt Herr Pastor Schlecht, Schriftführer des Haupt-Vereins der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung in der Provinz Posen, Donnerstag Abends in dem Saale der Valentin-Clauß'schen höheren Töchterschule einen Vortrag, welchem ein sehr zahlreiches, besonders aus Damen bestehendes Publikum beiwohnte. Näheren Bericht über den Vortrag behalten wir uns vor.

r. Verpätung. Der gestrige gemischte Abendzug von Kreuz hat sich um 96 Minuten verspätet.

r. Trichinen. Bei einem Fleischer auf der Wallischei und einem auf Ostrowek ist gestern je ein trichinöses Schwein beschlagnahmt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 7. Novbr. Bei der gestrigen Landtagswahl im Wahlkreise Limbach siegte der nationalliberale Kandidat Niethammer über den Sozialdemokraten Bahlteich und den konservativen Gegenkandidaten.

München, 7. Novbr. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist, von Paris kommend, heute früh 9 Uhr hier eingetroffen und hat ohne weiteren Aufenthalt seine Reise nach Salzburg und Gmunden fortgesetzt.

Wien, 7. November. Die „Polit. Korresp.“ theilt mit, daß in den drei ersten Quartalen des laufenden Jahres 67,264,000 Fl. an direkten Steuern eingegangen sind, mithin 920,000 Fl. mehr als im Vorjahre. Die indirekten Abgaben lieferten ein Reinertragniß von 123,189,000 Fl., mithin 5,316,000 Fl. mehr als im Vorjahre. — Nach einer weiteren Meldung der „Polit. Korresp.“ ist der österreichische Botschafter, Graf Zichy, gestern in Konstantinopel eingetroffen.

Belgrad, 7. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht den auf Grundlage der Meißbegünstigungsklausel erfolgten Abschluß einer provisorischen Handelskonvention mit Belgien.

London, 7. November. Die im Monat Oktober c. stattgehabte Einfuhr weist eine Zunahme um 273,426 Pfd. Sterl., die Ausfuhr in demselben Monat gleichfalls eine Zunahme um 443,973 Pfd. Sterl. auf. — Eine aus Indien eingegangene amtliche Depesche besagt, das Gerücht von dem Desertiren der afghanischen Regimenter aus Herat bestätigt sich nicht, Abub Khan werde thatsächlich von den afghanischen Truppen in der Citadelle gefangen gehalten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 7. Novbr. (Schluß-Course.) Abgeschwächt. Lond. Wechsel 20.33. Pariser do. 80.50. Wiener do. 173.45. R.-M.-St.-M. 143. Rheinische do. 147. Gess. Ludwigsh. 80. R.-M.-Br.-Anth. 131. Reichsanl. 96. Reichsbank 153. Darmst. 138. Meiningen B. 83. Ost.-ung. Bf. 728.00. Kreditaktien*) 233. Silberrente 61. Papierrente 59. Goldrente 69. Ung. Goldrente 82. 1860er Loose 124. 1864er Loose 304.50. Ung. Staatsl. 187.50. do. Ost.-Obl. II. 73. Böhm. Westbahn 169. Elisabethb. 152. Nordwestb. 120. Galizier 208. Franzosen*) 231. Lombarden*) 70. Italiener —. 1877er Russen 88. II. Orientanl. 60. Centr.-Pacific 108.

*) per medio resp. per ultimo

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 233. Franzosen 231. II. Orientanleihe —. Galizier —. Ungar. Goldrente 82. Frankfurt a. M., 7. Novbr. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 233. Franzosen 231. Lombarden —. 1860er Loose —. Oesterreich. Galizier —. Silberrente —. Oester. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82.00. II. Orientanleihe 59. III. Orientanleihe —. Still.

Wien, 7. November. (Schluß-Course.) Stilles Geschäft, aber fest. Kreditaktien schließlich ermäßigend, Renten behauptet, ungarische Goldrente mehr gefragt.

Papierrente 68.42. Silberrente 70.50. Oester. Goldrente 80.60. Ungarische Goldrente 95.10. 1854r Loose 121.00. 1860r Loose 128.00. 1864r Loose 159.50. Kreditloose 169.00. Ungar. Prämienl. 104.30. Kreditaktien 270.10. Franzosen 267.75. Lombarden 81.00. Galizier 240.50. Kasch.-Oderb. 115.00. Pardubitzer 106.50. Nordwestb. 139.00. Elisabethb. 175.50. Nordbahn 226.50. Oesterreich-ungar. Bank 840.00. Tür. Loose 18.50. Unionbank 93.40. Anglo-Austr. 134.80. Wiener Bankverein 135.80. Ungar. Kredit 255.00. Deutsche Plätze 56.95. Londoner Wechsel 116.65. Pariser do. 46.10. Amsterdamer do. 96.15. Napoleons 9.31. Dufanten 5.57. Silber 100.00. Marknoten 57.60. Russische Banknoten 1.23.

Wien, 7. November. Abendbörse. Kreditaktien 269.75. Franzosen 267.75. Galizier 240.00. Anglo-Austr. 134.50. Lombarden 81.00. Papierrente 68.35. Oester. Goldrente 80.55. ungar. Goldrente 95.05. Marknoten 57.62. Napoleons 9.31. Oester.-ungar. Bank —. Geschäftslös.

Paris, 6. November. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 81.80, Anleihe von 1872 115.77, Italiener 79.55, Türken 11.50, Türkenloose —, Oesterreich. Goldrente 70, ungar. Goldrente 84.00, III. Orientanleihe —, Egypter 249.00. Fest.

Paris, 7. November. (Schluß-Course.) Fest, Schluß ruhig. 3proz. amortisirb. Rente 83.60. 3proz. Rente 81.80. Anleihe de 1872 115.60, Italien. 5proz. Rente 79.47. Oester. Goldrente 69.4. Ung. Goldrente 83. Russen de 1877 92.4. Franzosen 583.75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 173.75. Lombardische Prioritäten 258.00. Türken de 1865 11.50.

Credit mobilier 585, Spanier ext. 15.4, do. inter. 14.4, Suezkanal-Aktien 697, Banque ottomane 517, Societe generale 527, Credit foncier 1037, Egypter 238. Banque de Paris 840, Banque d'escompte 790, Banque hypothecaire 660, III. Orientanleihe 61.4, Türkenloose —, Londoner Wechsel 25.29.

Florenz, 7. Novbr. 5 pSt. Italienische Rente 90.80. Gold 22.82. London, 7. November. Consols 97.4. Italien. 5proz. Rente 78.4. Lombarden 6.4. 3proz. Lombarden alte 10, 3proz. do. neue 9.4. 5proz. Russen de 1871 86.4, 5proz. Russen de 1872 —, 5proz. Russen de 1873 89.4, 5proz. Türken de 1865 11.4, 5proz. fundirte Amerikaner 105.4, Oester. Silberrente 61.4, do. Papierrente 58.4, ungar. Goldrente 82.4, Oester. Goldrente 68.4, Spanier 15.4, Egypter 47.4.

Platzdiskont 2.4 pSt. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20.58. Wien 11.87. Paris 25.50. Petersburg 24.4.

Aus der Bank flossen heute 306,000 Pfd. Sterl. Petersburg, 7. November. Wechsel auf London 25.4. II. Orientanleihe 90.4. III. Orientanleihe —.

Newyork, 6. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 79.4. C. Wechsel auf Paris 5.23.4. 5pSt. fundirte Anleihe 102.4. 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 102.4. Erie-Bahn 40.4. Central-Pacific 110.4. Newyork Centralbahn 126.

Produkten-Course.

Köln, 7. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23.50, fremder loco 23.00, pr. November 22.95, pr. März 24.10, p. Mai 23.90. Roggen loco 18.00, pr. November 16.20, pr. März 17.20, pr. Mai 17.10. Hafer loco 14.50. Mühl loco 30.00, pr. Mai 30.50.

Bremen, 7. Novbr. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8.00, pr. Dezember 8.20, pr. Januar 8.30, pr. Febr. März 8.30.

Hamburg, 7. Novbr. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine besser. Roggen loco höher, auf Termine fester. Weizen per November-Dezember 229 Br., 228 Gd., pr. April-Mai 238 Br., 237 Gd. Roggen per November-Dezember 160 Br., 159 Gd., pr. April-Mai 163 Br., 162 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Mühl loco fest, loco 58, pr. Mai 59. Spiritus fest, per November 50 Br., pr. Dezember-Januar 49.4 Br., pr. Januar-Februar 49 Br., pr. April-Mai 49 Br. Raffee ruhig, geringer Umsatz. Petroleum fester, Standard white loco 8.30 Br., 8.20 Gd., pr. November 8.20 Gd., pr. Dezember 8.25 Gd. — Wetter: Schön.

Best, 7. November. (Produktenmarkt.) Weizen loco geschäftslos, Termine fester, per Frühjahr 15.30 Gd., 15.35 Br. Hafer per Frühjahr 7.65 Gd., 7.70 Br. Mais per Mai-Juni 8.80 Gd., 8.90 Br. — Wetter: Schön.

Petersburg, 7. Novbr. Produktenmarkt. Talg loco 57.25, per August 57.00. Weizen loco 16.00. Roggen loco 9.25. Hafer loco 4.75. Hauf loco 32.00. Leinsaat (9 Pud) loco 16.25. — Wetter: Schnee.

Antwerpen, 7. Novbr. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 19.4 bez., 20 Br., pr. Dezember 20 bez. u. Br., pr. Januar 20.4 Br., pr. Januar-März 20.4 Br. Fest.

Antwerpen, 7. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer still. Gerste ruhig.

Marktpreise in Breslau am 7. November 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	schwere		mittlere		leichte Waare	
	Schöf-ster	Nie-drigst.	Schöf-ster	Nie-drigst.	Schöf-ster	Nie-drigst.
Weizen, weißer	21 60	21 20	20 50	19 90	19 50	18 70
Weizen, gelber	20 80	20 60	20 20	19 60	19 20	18 20
Roggen, pro 100	17 50	17 20	16 90	16 60	16 40	16 —
Roggen, neue	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, alter	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Hafer, neuer	18 60	17 90	16 80	16 40	15 60	14 70
Erbsen						
Pro 100 Kilogramm						
Raps		23 —		21 75	19 75	
Winterfrucht		22 —		20 75	18 75	
Rüben, Sommerfrucht		22 —		19 50	16 50	
Dotter		21 —		19 —	16 —	
Schlagleinfaat		25 50		23 50	20 —	
Gansfaat		17 —		16 —	14 —	

Kleeamen: schwacher Umsatz, rother preishaltend, per 50 Kilogramm 37—42—46—50 M. weißer behauptet, 45—55—66—70 M. hochfeiner über Notiz bez. Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 6.40—6.60 M. fremde 6—6.20 M. — Leinöl ohne Veränderung, per 50 Kg. 9.70 bis 9.90 M., fremde —. Markt. Thymothee behauptet per 50 Kilogr. 14—17—20 M. — Lupinen: gut behauptet, per 100 Kilgr. gelbe 7.80—8.30—9.00, blaue 7.70—8.20—8.80 M. — Bohnen: schwach zugeführt, per 100 Kilgr. 19.20—20.50—21.25 M. — Mais, in maffer Galtung, per 100 Kilogr. 13.40—13.80—14.50 M. — Weizen: gut preishaltend per 100 Kilogr. 12.50—12.80—13.50 M. — Heu, per 50 Kilogr. 2.50 bis 3.— M. — Stroh, per Schof 600 Kilogr. 19.00—22.00 M. Kartoffeln per Sad (2 Neuchefel a 75 Kilgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3.00 bis 3.50—4.50 M. geringere 2.50—3.00 M., per Neuchefel (75 Pfd. Brutto) beste 1.50—1.75—2.25 M. geringere 1.25—1.50 M. per 2 Str. 0.10—0.15 M. — Mehl: schwach gefragt, per 100 Kilgr. Weizen fein 32.00—33.00 M. Roggen fein 28.00—29.00 M. Gansbuden 27.00—28.00 M., Roggen-Buttermehl 10.00—11.00 M. Weizenkleie 8.50 bis 8.80 M.

Produkten-Börse.

Berlin, 7. November. Weizen pr. 1000 Kilo loco 203-240 M. nach Qualität geford. Gelber Markt. M. ab Bahn bezahl. F. gelber Schleißer. M. ab Bahn bez. Regulierungspreis f. d. Rindung 228 M. Gefündigt 19,000 Ctr. Per November 227-228½ bez., per November-Dezember 227-228½ bez., per Dezember-Januar —, per Januar-Februar —, per April-Mai 236-238½ bez., per Mai-Juni 238-240½ bez. Roggen pr. 1000 Kilo loco 157-181 M. nach Qualität gef. Russ. 157-159 a. R. bez. Inland. 173-178½ M. a. B. bez. F. Russischer. M. ab Bahn bez. Regulierungspreis f. d. Rindung 159 M. bezahlt. Gefündigt 24,000 Ctr. Per November 158½-9 bez. G. 9½ B., per November-Dezember 158½-9 bez. G. 9½ B., per Dezember-Januar 159½-160½ bez., per Januar-Februar 161½ bis 162½ bez., per April-Mai 166½-8½ bez. G. 169 B., per Mai-Juni 166-8 bez. Gerste pr. 1000 Kilo loco 140-200 nach Qualität gefordert. Gafer pr. 1000 Kilo loco 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 136 bis 141 bez., Pommerscher 140 bis 144 bez., Ost- und Westpreussischer 136 bis 144 bez., Schleißer 142-146 bez., Böhmischer 142-146 bez., Galizischer — bez. Gefündigt — Ctr. Regulierungspreis — bez. Per November 136½ M., per November-Dezember 136½ M., per April-Mai 147 M., per Mai-Juni 149 bez. Erbsen pr. 1000 Kilo loco 175 bis 210 M., Futterwaare 165-174 M. Mais pr. 1000 Kilo loco 146 bis 149 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahl. Amerikanischer — f. B. bez. Weizenmehl pr. 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 01: 29,00-27,00 M. Roggenmehl inf. Sack 0: 23,75-22,50 M., 01: 20,50-21,50 M., per November 22,70-22,90 bez., per November-Dezember 22,70-22,90 bez., per Dezember-Januar 22,85-22,95 bez., per Januar-Februar 22,15

bis 23,35 bez., per April-Mai 23,70-23,85 bez. Gefündigt — Ctr. Regulierungspreis für die Rindung — bez. Delfaat per 1000 Kilo Winterkaps 210-235 Markt, November-Dezember — bez., Winter-Rüben 205-228 M., November-Dezember —, Rübenöl per 100 Kilo loco ohne Faß 54,6 M., flüssig —, mit Faß —, per November 55,8 M., per November-Dezember 55,8 M., per Dezember-Januar 55,8 M., per Januar-Febr. — bez., per April-Mai 57,5 bis 57,4 bez., per Mai-Juni 57,7 bez. Gefündigt 500 Centner. Regulierungspreis für die Rindung 55,8 bez., gestern — bez. — Leinöl pr. 100 Kilo loco 66,0 M. Petroleum pr. 100 Kilo loco 25,0 M., per November 24,7 bez., per November-Dezember 24,7 bez., per Dezember-Januar 25,1 bez., per Januar-Februar 25,7-25,8 bez., per April-Mai 26 bez., per September-Oktober — bez. Gefündigt 600 Ctr. Regulierungspreis für die Rindung 25,0 bez. Spiritus pr. 100 Liter loco ohne Faß 57,8 bez., per November 57,8 bis 58,0 bez., per November-Dezember 57,8-58,0 bez., per Dezember-Januar 58,0-58,2 bez., per April-Mai 59,3-60,3-60,2 bez., per Mai-Juni 60,1-60,5-60,4 bez. Gefündigt — Liter. Regulierungspreis für die Rindung — bezalt. (B. B. = 3.)

Stettin, 7. November. (An der Börse.) Wetter: Veränderlich, + 5° R. Barometer 28,5. Wind: R. Weizen fest, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 208-226 M., weißer 224 M., per November und November-Dezember 224 M. bez. und Gd., per Frühjahr 231 M. bez. — Roggen fest, per 1000 Kilo loco inländischer 166-169 M., Russischer 154-157 M., per November 154,5-155 M. bez., per Frühjahr 159,5-161 M. bez. — Gerste still, per 1000 Kilo loco Brau- 155 bis 158 M., Futter- 130-140 M., Chevalier 170-175 M. bez. — Gafer stille, per 1000 Kilo loco inländ. 130-140 M., Russischer 124 bis 132 M. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 148-155 M. — Winter-Rüben stille, per 1000 Kilo loco 213-235 M., per April-

Mai — M. Br. — Winterkaps per 1000 Kilo loco 220-240 M. — Rüben steigend, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 58 M. Br., per Nov. 57,5 M. Br., per November-Dezember 57 M. Br., per April-Mai 58-58,5 M., kurze Lieferung ohne Faß — M. bez. — Spiritus fest, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 56,9-57 M. bez., mit Faß — M. bez., per Novbr. und November-Dezember 56,3-56,5 M. bez., per Dezember-Januar 56,5 M. Br. und Gd., per Januar-Februar 56,7 M. Br. und Gd. per Frühjahr 58,7-59 M. bez. — Anget: Nichts. Regulierungspreise: Weizen 224 M. Roggen 155 M., Rübenöl 57,5 M. — Petroleum loco 11,9 M. verst. bez., 8,25 M. tr. bez., Regulierungspreis 8,15 M. tr. bez. (Office-Btg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Office.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
7. Nov.	Nachm.	228"	0°37'	307 M	2-3 heiter Cu-st
7. "	Abnds.	1028"	2°39'	207 M	2-3 trübe St Ni
8. "	Morgs.	628"	1°70'	102 M	2-3 bedeckt Ni

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 6. November Mittags 0,92 Meter.
" 7. " " 0,94 "

Berlin, 7. November. Die gestrigen Meldungen aus Paris hatten fest gelautet und auch an den deutschen Plätzen eine Besserung der Stimmung zum Durchbruch gebracht. Aus Wien und von den deutschen Plätzen lagen höhere Meldungen vor, und die Eröffnung des heutigen Verkehrs war fest, zeitweise sogar lebhaft. Die Heraussetzung des Bankdisconts in London hatte keinen nennenswerthen Eindruck gemacht, da dieselbe schon lange erwartet war, und den pariser Vorgängen ward keine besonders weitgehende Bedeutung beigelegt. Kredit-Aktien fest zu 4 Mark, Franzosen 2½ Mark, Laurahütte etwa 1 pSt. und Disconto-Kommandit-Anteile 1½ pSt. über ihren gestrigen Schluss ein. Die Stimmung des gesamten Marktes war günstig, schwächte

sich aber rasch durch Gewinnnahmen ab, da die Spekulation eine erwartend Haltung beobachtete. Es sind offenbar so viele Engagements in den neuen Monat hinübergenommen, daß eine Erweiterung derselben nicht angezeigt erscheint. Auch das Privatpublikum bleibt zurückhaltend, da die Rückgänge der letzten Tage bereits manche kursorisch erzielte Gewinne in Verluste verwandelt haben dürften. Der Eisenbahnaktienmarkt blieb fest; namentlich fanden Rheinische und Oberschlesische Beachtung; Rumänier lagen still und schwach. Andere gegen baar gehandelte Aktien fanden bei wenig veränderten Kursen nur geringe Beachtung. Anlagewerthe hielten sich gut; besonders herrschte für auf Silber lautende Eisenbahn-Aktien einige Nachfrage; auch Raab-Grayer

und österreichische Loose vom Jahre 1860 waren beliebt. Russische Werthe erschienen fest, aber wenig verändert, Noten still. Die zweite Stunde verlief still und mäßig fest, wenn gleich sich die besseren Meldungen der Eröffnung nicht voll behaupten konnten. Der Schluss war fest auf Paris. — Per Ultimo notirte man Franzosen 466,50-465, Lombarden 139,50-9-140, Kreditaktien 471,50-2-469,50-9, Disconto-Kommandit-Anteile 173,90-3,10-73,25, Hamburger zogen 1 pSt. an, Stettiner 0,40, Breslau-Warlsruher Stamm-Prioritäten 99 bez. und Geld. Der Schluss war ziemlich fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 7. November 1879.
Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4	104,50 B
do. neue 1876	4	96,90 B
Staats-Anleihe	4	97,30 B
Staats-Schuld.	3½	96,00 B
Do. Reichs-Obl.	4	103,25 B
Berl. Stadt-Obl.	4	92,10 B
do. do.	3½	92,10 B
Schldv. d. B. Rfm.	4	103,10 B
Pfandbriefe:		
Berliner	4	107,00 B
do.	5	107,00 B
Landfch. Central	4	97,00 B
Kur- u. Neumark.	3½	91,00 B
do. neue	3½	87,50 B
do. do.	4	97,40 B
do. neue	4	97,40 B
N. Brandbg. Cred.	3	86,90 B
Do. do.	4	96,50 B
Do. do.	4	102,30 B
Pommersche	3½	86,90 B
do. do.	4	97,25 B
do. do.	4	102,90 B
Pofensche, neue	4	97,60 B
Sächische	3½	89,60 B
Schlesische	3½	89,60 B
do. alte A. u. C.	4	87,00 B
do. neue A. u. C.	4	96,70 B
Westpr. ritterlich.	4	101,60 B
do. do.	4	101,60 B
do. II. Serie	5	101,80 B
do. neue	4	101,80 B
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumark.	4	98,50 B
Pommersche	4	98,50 B
Pofensche	4	98,50 B
Preussische	4	98,50 B
Rhein- u. Westfal.	4	98,50 B
Sächische	4	98,50 B
Schlesische	4	98,50 B

Pomm. S.-B. 1. 120	5	101,90	b ₃
do. II. IV. 110	5	98,00	B
Pomm. III. rz. 100	5	96,50	b ₃ G
Pr. B.-C.-P. Rz. rz. 100	5	101,75	b ₃ G
do. do. 100	5	100,00	b ₃ G
do. do. 115	4 $\frac{1}{2}$	99,25	b ₃ G
Pr. C.-B.-P. rz. rz. 100	5	100,80	b ₃
do. unf. rück. 110	5	110,40	b ₃
do. (1872 u. 74)	4 $\frac{1}{2}$		
do. (1872 u. 73)	5		
do. (1874)	5		
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4 $\frac{1}{2}$	100,50	b ₃ G
do. do. 110	5	102,75	b ₃ G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,75	b ₃ G
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	100,40	G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	99,90	b ₃ G
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	96,50	b ₃ G
Kruppsche Obligat.	5	110,00	b ₃

Ausländische Fonds.		
Amerik. rz. 1881	6	102,00 B
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,80 B
Norweg. Anleihe	4½	
Norw. St.-Anl.	6	114,50 B
Oesterr. Goldrente	4	69,90 B
do. Pap.-Rente	4½	59,10 B
do. Silber-Rente	4½	61,00 B
do. 250 fl. 1854	4	115,90 B
do. Gr. 100 fl. 1858	4	327,00 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,30 B
do. do. v. 1864	6	304,50 B
Ungar. Goldrente	6	82,20 B
do. St.-Gib.-A.	5	82,00 B
do. Looje	5	187,00 B
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	78,00 B
do. Tab.-Oblg.	6	101,50 B
Rumänier	8	105,90 B
Russ. Centr.-Bod.	5	76,25 B
do. Engl. A. 1822	5	85,60 B
do. do. A. v. 1862	5	85,10 B
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	87,30 B
Russ. conf. A. 1871	5	87,00 B
do. do. 1872	5	87,00 B
do. do. 1873	5	87,10 B
do. do. 1877	5	88,90 B
do. Bod.-Credit	5	77,75 B
do. Pr.-A. v. 1864	5	153,30 B
do. do. v. 1866	5	150,90 B
do. 5. A. Stiegl.	5	62,50 B
do. 6. do. do.	5	84,10 B
do. Pol. Sch.-Obl.	4	84,00 B
do. do. kleine	4	63,30 B
Poln. Pdb. III. C.	5	
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,10 B
Türk. Anl. v. 1865	5	11,60 B
do. do. v. 1869	6	
do. Looje vollgez.	3	34,00 B

Deutsche Fonds.		
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,80 B
Gess. Prich. a 40 Th.	3	269,25 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	131,75 B
do. 35 fl. Obligat.	4	172,00 B
Bair. Präm.-Anl.	4	132,25 B
Braunsch. 20thl.-A.	4	89,50 B
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr.-Anl.	3½	132,25 B
Do. St. Pr.-Anl.	3	126,75 B
Goth. Pr.-Pdb.	5	113,50 B
do. II. Abth.	5	111,00 B
Gb. Pr.-A. v. 1866	3	186,25 B
Lübeder Pr.-Anl.	3	183,00 B
Mecklenb. Eisenfch.	3½	89,40 B
Meininger Looje	4	25,40 B
do. Pr.-Pdb.	4	119,25 B
Odenburger Looje	3	150,00 B
D.-G.-C.-B.-P. 110	5	103,25 B
do. do.	4½	98,00 B
Do. do.	4½	98,00 B
Ostf. Hypoth. unf.	5	101,60 B
do. do.	4½	98,80 B
Mein. Hyp.-P.	5	101,25 B
Rdd. Order.-A.	5	96,75 B
do. Gyp.-Pdb.	5	98,00 B

*) Wechsel-Course.		
Amsterd. 100 fl. 8 T.		
do. 100 fl. 2 M.		
London 1 Ltr. 8 T.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 Fr. 8 T.		
do. 100 Fr. 3 T.		
do. do. 100 Fr. 2 M.		
Wien öst. Währ. 8 T.	173,45 B	
Wien öst. Währ. 2 M.	172,30 B	
Petersb. 100 R. 3 M.	212,75 B	
do. 100 R. 3 M.	210,90 B	
Warschau 100 R. 8 T.	213,70 B	

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½ für Lombard 5 pSt. Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pSt.		
---	--	--

Bank- u. Kredit-Aktien.

Babische Bank	4	106,50 B
Bf. f. Rheinl. u. Westf.	4	100,50 B
Bf. f. Sprit- u. Br.-A.	4	56,90 B
Berl. Handels-Ges.	4	80,25 B
do. Kassen-Verein.	4	165,00 B
Breslauer Disk.-Bf.	4	91,30 B
Centralb. f. B.	4	7,20 B
Centralb. f. S. u. H.	4	62,50 B
Coburger Credit-B.	4	88,00 B
Cöln. Wechselbank	4	99,50 B
Danziger Privatb.	4	106,00 B
Darmstädter Bank	4	139,00 B
do. Zettelbank	4	104,00 B
Deffauer Creditb.	4	73,25 B
do. Landesbank	4	124,50 B
Deutsche Bank	4	132,00 B
do. Genossensch.	4	108,00 B
do. Hyp.-Bank	4	86,00 B
do. Reichsbank	4½	153,50 B
Disconto-Comm.	4	173,00 B
Geraer Bank	4	92,10 B
do. Handelsb.	4	50,10 B
Gothaer Privatb.	4	96,00 B
do. Grundcred.	4	87,50 B
Hypothek. (Hübner)	4	85,15 B
Königsb. Vereinsb.	4	89,90 B
Leipziger Creditb.	4	144,75 B
do. Discontob.	4	81,75 B
Magdeb. Privatb.	4	112,50 B
Mecklb. Bodencr. fr.	4	58,50 B
do. Hypoth.-B.	4	70,90 B
Meining. Creditb.	4	83,00 B
do. Hypothelenb.	4	90,50 B
Niederlausitzer Bank	4	91,75 B
Norddeutsche Bank	4	152,00 B
Rord. Grundcredit	4	30,50 B
Defferr. Kredit	4	
Pofener Spiritaktien	4	44,75 B
Petersb. Intern.-Bf.	4	96,25 B
Pofen-Landwirthsch.	4	63,00 B
Pofener-Bron.-Bank	4	107,50 B
Preuss. Bank-Anth.	4½	
do. Bodencredit	4	62,75 B
do. Centralb.	4	126,50 B
do. Gyp.-Spielb.	4	112,50 B
Produkt.-Handelsb.	4	78,75 B
Sächische Bank	4	113,00 B
Schaaffhaus. Bank	4	89,25 B
Schles. Bankverein	4	102,90 B
Südd. Bodencredit	4	124,10 B

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsenerhof	4	118,50 B
Damenb. Rattun.	4	20,50 B
Deutsche Bauges.	4	58,75 B
Ötich. Eisenb.-Bau.	4	6,90 B
Ötich. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarthütte	4	47,50 B
Dortmunder Union	4	15,50 B
Egell. Waich.-Akt.	4	30,00 B
Erdmannsd. Spinn.	4	22,10 B
Floraf. Charlottenb.	4	55,25 B
Krist. u. Nojm. Nib.	4	114,90 B
Geisenfch.-Bergw.	4	78,75 B
Georg-Marienhütte	4	69,25 B
Gibernia u. Scham.	4	77,50 B
Immobilien (Berl.)	4	86,00 B
Kramsta. Leinen-F.	4	33,50 B
Laurahütte	4	94,20 B
Luisenb.-Bergw.	4	58,00 B
Magdeburg. Bergw.	4	122,00 B
Marienhüt. Bergw.	4	68,00 B
Menden u. Schm. B.	4	77,00 B
Oberchl. Eis.-Bed.	4	47,50 B
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	74,75 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	48,75 B
Riedenhütte	4	149,00 B
Rhein.-Kass. Bergw.	4	79,00 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	22,25 B
Unter den Linden	4	8,50 B
Wöhler Maschinen	4	18,00 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Köln	4	132,50	b ₃
Bergisch-Märkische	4	92,00	b ₃
Berlin-Anhalt	4	98,90	b ₃ ⓐ
Berlin-Dresden	4	11,70	b ₃
Berlin-Görlitz	4	16,40	b ₃
Berlin-Hamburg	4	181,50	b ₃
Brl.-Potsd.-Magd.	4	93,30	b ₃ ⓐ
Berlin-Stettin	4	109,40	b ₃ ⓐ
Bresl.-Schm.-Frbg.	4	87,90	b ₃
Cöln-Minden	4	143,25	b ₃
do. Lit. B.			
Halle-Sorau-Guben	4	14,30	b ₃ ⓐ
Hann.-Altenbeken	4	13,30	b ₃ ⓐ
do. II. Serie			
Märkisch-Poener	4	23,90	b ₃ ⓐ
Magd.-Halberstadt	4	141,90	b ₃
Magdeburg-Leipzig	4		
do. do. Lit. B.	4		
Münster-Hamm	4		
Niederschl.-Märk.	4	97,75	B
Nordhausen-Erfurt	4	21,80	b ₃
Oberchl. Lit. A. u. C.	3½	166,80	b ₃
do. Lit. B.	3½	142,90	b ₃
do. Lit. C.	5		
Ostpreuss. Südbahn	4	48,00	b ₃ ⓐ
Rechte Oderuferr.	4	132,60	b ₃
Rheinische	4	147,60	b ₃
do. Lit. B. v. St. gar.	4	96,40	b ₃
Rhein-Nahabahn	4	10,25	b ₃ ⓐ
Stargard-Posen	4½	102,80	b ₃
Thüringische	4	142,10	b ₃
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,50	b ₃
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	103,50	b ₃
Weimar-Geraer	4½	45,80	b ₃ B
Albrechtshahn	5	20,25	b ₃ ⓐ
Amsterd.-Rotterd.	4	122,25	b ₃
Ausg.-Leipz.	4	171,50	b ₃
Böhm. Westbahn	5	85,00	b ₃ B
Brest-Grajewo	4	46,25	b ₃
Brest-Kiew	4		
Dur.-Bodenbach	4	36,75	b ₃ B
Elisabeth-Westbahn	5	76,00	b ₃
Kais. Franz. Joseph	5	65,25	b ₃
Gal. (Kar. Ludwig.)	5	104,20	b ₃ ⓐ
Gottthard-Bahn	6	47,20	b ₃
Kaschau-Oderberg	5	49,75	b ₃
Ludwigsb.-Verbach	4	194,75	b ₃
Lüttich-Limburg	4	15,75	b ₃ ⓐ
Mainz-Ludwigsh.	4	80,50	b ₃ ⓐ
Oberhess. v. St. gar.	—		
Defferr.-Staatsb.	5		
do. Nordw.-B.	5	240,00	b ₃
do. Litt. B.	5	119,00	b ₃ ⓐ
Reichenb.-Pardubitz	4½	45,80	ⓐ
Rompr. Rud.-Bahn	5	61,50	b ₃ ⓐ
Kiasl-Wyasz	5		
Rumänien	4	42,70	b ₃
Russ. Staatsbahn	5	134,90	b ₃
Schweizer Unionb.	4	14,50	b ₃ ⓐ
Schweizer Westbahn	4	15,10	b ₃ ⓐ
Südösterr. (Lomb.)	4	140,50	b ₃
Turnau-Prag	4	42,50	ⓐ
Vorarlberger	5	63,40	b ₃
Wiener-Karol.-B.	4	242,00	b ₃